

Dresdner Volkszeitung

Volkszeitung Dresden
Nr. 1388, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstellen: Geschäftliche Einzelhandels-
Dresden, Markt 1, Arbeiter, Markt-
Häuser u. Beamten, 10, Dresden,
Vertrieb: Krawinkel, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Zutun höherer Behörden, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Preisverzeichn. mit der städtischen Unterhaltungsbeilage „Schaen, Sitten, Kunst“ sowie der illustrierten Wochenbeilage „Der Sonntag“ monatlich 1.40 RM, einzeln 45 Pf. (Einschl. d. Post- u. Frangierkosten.) (Köln) Sonntag 2 RM, einzeln 45 Pf. (Einschl. d. Post- u. Frangierkosten.) (Köln) Sonntag 1.80 RM, einzeln 45 Pf. und Anzeigengebühren.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Verlagsst. Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261 u. 13 707. Verlagszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags. Telegrafische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Normzeile 20 Pf., die 40 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 40 Pf. u. 2.50 RM. abzüglich Preisermäßigung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietangebote 20 Pf. netto. Für Briefmarken 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 147

Dresden, Sonnabend, den 25. Juni 1932

43. Jahrgang

Nationalsozialistische Bluthebe

Die „Freiheitspartei“ will den Belagerungszustand - Die Nazi-Pressen schreit: „Verbietet die SPD!“ - Goebbels und seine Journaille heizen zum Nord

Nazi-Angst vor freier Wahl

Der Reichspräsident hat beim Erlass der politischen Notverordnung, zu der ihn das Kabinett der Barone auf Grund der Abmachungen mit Hitler veranlaßt hat, einen nachdrücklichen Warnungsbrief an den Reichsminister des Innern, Freiherrn von Gagl, gerichtet und veröffentlicht lassen. In diesem Brief spricht er die Erwartung aus, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen werde.

Diese Briefstelle zeigt, was das Kabinett der Barone dem Reichspräsidenten vorgelegt hat. Man hat ihm vorgezeigt, daß der Radikalismus der Nationalsozialisten nur Empörung über ungerechte Verdrängung sei. Jetzt zeigt sich, daß dieser Radikalismus Ausfluß blutrünstiger und niedriger Gefinnung ist.

Daß die Freiheit, die der Reichspräsident und die Reichsregierung Hitler und den Seinen gegeben haben, von ihnen als Auftrag zur Entfesselung des Bürgerkrieges empfunden wird.

Vom politischen Meinungskampf ist keine Rede mehr. Es handelt sich darum, daß eine Partei, die den Terror will, offen zu Nord und Blutvergießen auffordert und ihre Leute uniformiert zum Blutvergießen auf die Straße führt. Da ist keine Rede davon, daß es sich um Notwehr, um einzelne Uebergriffe handle! Der Wille zum Bürgerkrieg und der Befehl zum Bürgerkrieg geht von den nationalsozialistischen Führern aus.

In Berlin hat Nazi-Goebbels am Donnerstag eine Rede gehalten, die das Dreifache an Aufforderung zu Nord und Bürgerkriegsdrohungen darstellt, was sich die nationalsozialistischen Propagandisten bisher geleistet haben. Dieses Nazigröhmaul hat davon gesprochen, daß, „wenn einem der nationalsozialistischen Führer ein Haar gekrümmt werde, sie eine Rache nehmen würden, die die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat“. Das sagt am Vorabend des zehnjährigen Gedenktages der Ermordung Rathenaus der Führer einer Partei, die von jeher offen dem Terror gehuldet und ihn angewandt hat!

Dieser Nordheker Goebbels hat die süddeutschen Länderregierungen auf das unglaublichste beschimpft, er hat sie „Nad und separatische Kanaille“ genannt. Die mit Herrn Hitler verbündete Reichsregierung schweigt dazu.

Dieser Goebbels hat in der gleichen Rede offene Norddrohungen gegen die Italiener der Regierung Brüning ausgestoßen. Die Reichsregierung, die mit Herrn Hitler verbündet ist, schweigt

dazu. Sie unternimmt nichts, um ihre Vorgänger im Amt zu schützen gegen wahrwichtige Propagandisten, die heute noch dreifacher zum Nord heizen, als es seinerzeit gegen Rathenau geschehen ist!

Dieser Bürgerkriegsbege entspricht der Ton der nationalsozialistischen Presse. Terrorbege und Verleumdung, Provokation und dreifache Lüge, Aufpeitschung aller Gah- und Blutinstitute — das ist der Inhalt des „Völkischen Beobachters“, des „Angriffs“ und der übrigen nationalsozialistischen Presse. Sie schreiben nach Verbote nationaldemokratischer Blätter, sie fordern von ihrer Baronsregierung: das Verbot der kommunistischen Partei. Sie wollen damit von ihren Schandtatzen ablenken. Ungefragt und ungehemmt hat der Berliner „Angriff“ seine Anhänger aufgehetzt, die Zeitungsgeschichte der namentlich bezeichneten Berliner Linksbücher zu kürzen.

Es ist nicht das Verdienst der Reichsregierung, daß die Bürgerkriegsbege der Nationalsozialisten nicht wagen dürfen, diese Gebe in die Tat umzusetzen!

Die nationalsozialistische Presse fordert ihre Anhänger viel deutlicher noch als einst Herr Fick zu einer Terror- und Blutnacht auf: „Das marxistische Verbrechen muß in einer einmaligen Aktion mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden!“ Die Reichsregierung, die mit Hitler im Bunde ist,

bildet diese offene Aufforderung zum blutigen Bürgerkrieg!

Aus der nationalsozialistischen Presse ergießt sich eine Schlammslut von Beschimpfungen gegen leitende preussische und süddeutsche Beamte. Im Vertrauen auf Rückhalt bei der Reichsregierung und auf die durch die politische Notverordnung geschaffene Pressefreiheit, wie sie sie auflassen, werden die ungeheuerlichsten, aus den Fingern gegangenen Vorwürfe gegen diese Beamten veröffentlicht. Der Berliner „Angriff“ hat sich dazu verstiegen, dem Berliner Polizeipräsidenten nachzusetzen, er sei wegen ungeheuerlicher Korruption nach Paris geflüchtet. Der Zweck der Verleumdungen ist, die Staatsautorität völlig zu zerstören, damit der Terror der Hitlerischen Bürgerkriegsbege freien Bahn hat.

Für die Entfesselung dieser wilden und blutrünstigen Bürgerkriegsbege, die nur dank der kaltblütigen Besonnenheit der linksstehenden Bevölkerung noch nicht zur katastrophalen Explosion geführt hat, trägt die Reichsregierung die volle Verantwortung. Sie muß Tag für Tag an ihre Verantwortlichkeit gemahnt werden!

Die republikanische und sozialistische Bevölkerung aber muß alle Kräfte zur energischen Abwehr organisieren. Nationalsozialistische Terrorversuche müssen durch entschlossene, einheitliche Gegenwehr gebrochen werden! Es macht immer deutlicher den Eindruck, als ob die Hitler-Partei allmählich Angst vor einer freien Wahlentscheidung bekommen hat und diese freie Entscheidung durch Ausnahmezustand und Terror unmöglich machen möchte!

Schlußzahlung oder Streichung?

Deutschlands Not von Frankreich anerkannt

T. Lausanne, 24. Juni. (Fig. Drahtbericht.)

Die deutsch-französische Aussprache in Lausanne hat am Freitag, dem ersten Tag, einen von beiden Seiten als gütlich bezeichneten Verlauf genommen. Einer Vollversammlung beider Delegationen am Vormittag folgte eine zweite am Nachmittag, der Herr von Bapen nur zum Teil beiwohnte, weil er um 18.40 Uhr nach Berlin abreiste. Die Sitzung selbst dauerte bis 19.30 Uhr.

Ueber die Verhandlungen wurde ein Kommuniqué herausgegeben, in dem es heißt:

„Nach einem Exposé des französischen Finanzministers fand ein Meinungsaustausch statt mit dem gleichen Vertreter von beiden Seiten, alle Elemente des gestellten Problems von Grund aus zu studieren. Die nächste Sitzung findet am Montag nachmittags 4.30 Uhr statt. Am Sonnabend werden die Sachverständigen ihren Meinungsaustausch fortsetzen, um die Sitzung am Montag ausführlich vorzubereiten.“

In einer Besprechung mit deutschen Pressevertretern hob der deutsche Außenminister den freundschaftlichen Geist der Aussprache hervor. Daß am ersten Tage nicht viel herauskommen konnte, sei klar gewesen. Neben den Verhandlungen mit den Franzosen seien solche mit den Belgiern geführt worden. Der deutsche Reichsfinanzminister erklärte, er habe in den Besprechungen insbesondere nachdrücklich darauf hingewiesen, wie sich seit dem Sachverständigenbericht von Basel die Lage in Deutschland verschlechtert habe. Die Verschlechterung gelte für die

Handelsbilanz, den Etat, die Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit und die Devisenlage der Reichsbank.

Er habe ferner nachgewiesen, daß die herabgesetzten Sätze der Arbeitslosenversicherung durch die letzte Notverordnung einen Grad erreicht hätten, der zu schwersten sozialen Spannungen führen müsse. Wenn man berücksichtige, daß die Mehrzahl der Arbeitslosen sich mit diesen Sätzen nicht mehr erhalten könnte, dann könne man die Not und die Spannung in Deutschland verstehen.

Der französische Finanzminister habe die jetzige Not in Deutschland zwar anerkannt, aber nach dem Bericht von Basel darauf hingewiesen, daß mit der Behebung der Not

keine auch die deutsche Not gebannt sei und dann neue Möglichkeiten für politische Zahlungen und Transfers in beschränktem Umfang auftauchen könnten. Darüber habe es eine kurze Diskussion gegeben. Die Hauptfrage, ob sich ein Weg finden lasse zwischen der französischen Auffassung einer Schlußzahlung und der deutschen Auffassung einer völligen Liquidierung der Reparationen im jetzigen Augenblick, werde erst am Montag in Angriff genommen werden.

Man nimmt allgemein an, daß Herr von Bapen und Serriot an der Montagssitzung teilnehmen werden.

Bapen würde gern bezahlen ...

Genies Säulen statt nationalen Donneresseln

P. Paris, 25. Juni. (Fig. Juni.)

Reichsminister von Bapen hat dem Chefdeleatzen des Matin in einer Unterredung folgende Erklärung über die am Freitag stattgefundenen deutsch-französischen Verhandlungen abgegeben:

„Ich freue mich über diesen Tag, den ich mit einer gewissen Ungebuld erwartete und der mir und der deutschen Delegation erlauben sollte, mich frei und direkt mit dem Chef der französischen Regierung und mit der französischen Delegation auszusprechen. Ich kann Ihnen nur wiederholen, was ich zu Serriot gesagt habe: Ich erkenne als erster an, daß bei der Liquidierung der Reparationen Frankreich ein Anrecht auf eine Kompensation hat. Wenn ich materiell in der Lage wäre, diese Kompensation in Form einer Geldsumme anzubieten, würde ich dies freudigen Herzens tun. Aber da es mir unmöglich ist, bitte ich, diese Kompensation gemeinsam auf einem anderen Gebiet, und zwar im Rahmen der wirtschaftlichen Reorganisation Mitteleuropas, zu suchen. Wenn man mir sagt: Ja, aber Amerika, antworte ich, daß falls wir das europäische Haus gemeinsam in Ordnung bringen, Amerika sich natürlich weitest kann, einen Stein für dieses Wiederaufbauwerk beizutragen.“

„Ich kenne Bapen, daß ich heute — was meine Vorgänger nicht sagen konnten — als nationaler Repräsentant Deutschlands offiziell Frankreich bei alle in meiner Person für den Erfolg einer deutsch-französischen Verhandlung die Verantwortung übernehme. Frankreich hat bisher bei unseren gegenseitigen Verhandlungsversuchen nur mit der Hand zu tun gehabt. Das ist nicht ein Interesse heraus,

Heil Hitler!



„Gott, Gott, dafür haben Sie und die Partei getötet“